

Balkan : ewiger Unruheherd

Autor(en): **Thomann, Eugen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **180 (2014)**

Heft 12

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-515545>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Balkan – ewiger Unruheherd?

Gerade zwei Flugstunden trennen uns vom ehemaligen Jugoslawien. Seine sechs Nachfolgestaaten – schon das Nennen der Zahl bedeutet Parteinahme in einem bitteren Konflikt – wandten sich nach den Balkankriegen (1991–1995) Europa zu, erzielten dabei ganz unterschiedliche Fortschritte.

Eugen Thomann, Redaktor ASMZ

Slowenien und Kroatien schafften bereits den Beitritt zur Europäischen Union. Montenegro verhandelt darüber mit der EU seit 2012. Mazedonien sieht sich von Griechenland durch einen schwer verständlichen Namensstreit blockiert, weil es seinen Namen mit einer griechischen Region teilt. – Das Serbien, das von Serbien immer noch beanspruchte Kosovo und Bosnien-Herzegowina sind nach wie vor tief in innere wie äussere Konflikte verstrickt. Diesen drei Staaten galt die Aufmerksamkeit, als kürzlich das seit 20 Jahren von verschiedenen sicherheitspolitischen Organisationen und vom VBS getragene «Colloquium Sicherheitspolitik» in Zürich der Frage nachging «Kommt der Balkan je zur Ruhe?».

Im einleitenden Grusswort empfand Botschafter Christian Catrina, Chef Sicherheitspolitik im Generalsekretariat des VBS, den Westbalkan mit seinen Krisen als einen alten Bekannten, nach dessen Befinden man sich heute wieder einmal erkundige. Anschliessend referierte Minister Raphael Nägeli, im EDA Mitglied der «Task Force OSZE-Vorsitz», über die «OSZE-Baustellen im Westbalkan» und beleuchtete der als Redaktor für den Zürcher «Tages-Anzeiger» tätige Journalist Enver Robelli «Die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Vergangenheitsbewältigung». Für das danach von Irène Thomann-Baur geleitete Podiumsgespräch gesellte sich der Kommandant von SWISSINT (Kompetenzzentrum für Auslandeinsätze der Schweizer Armee), Oberst i Gst Fredy Keller, zu den drei Referenten.

Langsam und geduldig erzielte Fortschritte

Im Kosovo wirken nebeneinander die internationale Schutztruppe KFOR, dank der ruhiger gewordenen Lage von 50 000 auf 5500 Soldatinnen und Soldaten 30 ver-

schiedener Staaten geschrumpft, Missionen der EU und die grösste Feldmission der OSZE. Wie das nahezu zahlungsunfähige Serbien kämpft Kosovo mit riesigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten; die rund 800 000 Emigranten (davon lebt ein bedeutender Anteil in der Schweiz) unterstützen ihre Angehörigen mit namhaften Unterstützungszahlungen und bilden so den entscheidenden Wirtschaftsfaktor.

Bosnien-Herzegowina steckt in einer besonderen Blockade. Kraft des Vertragswerks von Dayton, welches 1995 segensreich einen Krieg beendete, waltet in diesem Land eine eigene Vollzugsorganisation mit einem von der EU gestellten «Hohen Repräsentanten» an der Spitze.



Blick auf den Balkan mit seinen Unruheherden. Bild: wikimedia

Sie schränkt die Souveränität der landeseigenen Strukturen ein; die gliedern sich in die drei «Ethnien» der Serben, Kroaten und muslimischen Bosniaken bis hin zu einem dreiköpfigen Staatspräsidium. Diese Organisation erweist sich heute auch in den Augen der internationalen Gemeinschaft als revisionsbedürftig. Indes blockiert die politische Elite, die sich mit diesem Zustand eingerichtet hat, vorderhand jede Reform von «Dayton». Während das Land aus den internationalen Medien verschwunden ist, regt sich Widerstand der Bürger gegen als abgehoben empfundene Politiker. Das offenbarten die jüngsten Wahlen mit erheblichen Verschiebungen. Am Ende einer Reihe von

1992 angehobenen internationalen Friedensoperationen steht heute eine kleine von der EU geleitete Schutztruppe im Land (Operation ALTHEA).

Die Schweiz beteiligte sich früh mit Freiwilligen an internationalen Friedensoperationen im ehemaligen Jugoslawien. Wie ihre Geschichte zeigt, mag man sie zu Recht als langwierig empfinden, zeugt ihr Wandel indes von wichtigen Teilerfolgen: Den Anfang bildete 1996 die zunächst unbewaffnete SWISSCOY zum logistischen Unterstützen des physischen Wiederaufbaues im Kosovo. Zeitweise trat sie als Infanteriekompanie mit Radpanzern auf, hauptsächlich eingesetzt zum Schutz der serbischen Klöster im Kosovo. Die Aufgabe erübrigt sich inzwischen dank dem Aufwuchs der aus den verschiedenen Bevölkerungsteilen gemischten einheimischen Polizei. Immerhin stehen derzeit noch 235 freiwillige Angehörige der Armee bei SWISSCOY; in den Vordergrund rückten jedoch weniger martialische Tätigkeiten wie Einsätze der Militärpolizei, Lufttransporte, und die vier dezentralisierte in der Bevölkerung lebenden Verbindungs- und Beobachtungsteams. Ein weiterer Schritt führt zum Rückzug der Helfer auf Ausbildung und Coaching, namentlich für das Beseitigen der grossen Menge aus dem Krieg zurückgebliebener Minen, die immer wieder viele Opfer kosten. – Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich in Bosnien-Herzegowina ab, wo SWISSINT für die Operation ALTHEA einige Staboffiziere, zwei achtköpfige Verbindungs- und Beobachtungsteams sowie Spezialisten stellt, die einheimische Kräfte im Vernichten oder Bewirtschaften von Munitionsbeständen ausbilden, zusammen mit Schweden und Österreich.

Übereinstimmende Diagnosen

Der Diplomat Nägeli, der ursprünglich aus dem Kosovo stammende Journalist Robelli und der militärische Experte trugen ein weitestgehend übereinstim-

mendes Bild zusammen, mochte auch der eine das sprichwörtliche Glas eher halb-leer und der andere es halbvoll schildern.

Robelli kritisierte die Doppelzüngigkeit der reich gewordenen politischen Eliten, die zuhause mit scharfen nationalistischen Reden ihre Anhänger bei Laune halten und anfeuern, in Brüssel jedoch respektvoll und zukunftsbezogen auftreten. Kein Wunder, arbeiten internationale Organisationen gerne mit ihnen.

Unterdessen steht eine erst schwach entwickelte Zivilgesellschaft den autoritär-machtbezogenen Strukturen gegenüber, funktioniert namentlich die Justiz nicht richtig. Das gilt in gewissem Sinne sogar für das «Haager Tribunal», den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien; er kann nur einen Anfang bilden, die übelsten seit 1991 im Krieg begangenen Verbrechen zu ahnden versuchen, kommt infolge grosser praktischer Schwierigkeiten bloss schleppend voran und hat seine Aufgabe noch nicht erfüllt, obwohl sich das Auslaufen seines Mandates abzeichnet.

Korruptionsvorwürfe zielen mittlerweile selbst auf Mitarbeiter internationaler Organisationen wie der EULEX, der im Kosovo wirkenden Rechtsstaatlichkeitsmission der EU. Das rief bisher kaum Reaktionen hervor. So droht die Gefahr der Resignation. Kritiker der Zustände geraten zwischen die Fronten, fühlen sich von der Welt im Stich gelassen und sehen sich von den eigenen Landsleuten des Verrats beschuldigt.

In dieser Lage kommt viel auf die Medien an, wäre gelebte Medienfreiheit sehr wichtig. Ihr Zustand rechtfertigt derzeit wenig Optimismus: Im Kosovo schuf man 1999 nach Schweizer Muster gegen amerikanischen Widerstand ein öffentlich-rechtliches Fernsehen. Inzwischen sind die internationalen Helfer abgezogen und das Programm mutet sozusagen «nordkoreanisch» staatstreu an. – In einen ähnlichen Sog der Verhältnisse geriet die weitgehend von westlichen Konzernen aufgekaufte kroatische Presse; Robelli klagte über ihren Qualitätsverlust.

Dennoch unterstreichen selbst die schlimmsten aktuellen Schlagzeilen: Der Krieg ist vorbei. Die fortdauernde in-

ternationale Präsenz erreichte wenigstens das Abklingen physischer Gewalt. Als Gradmesser und Beispiel dienten die Vorgänge, die am 14. Oktober in der serbischen Hauptstadt Belgrad um ein Fussballspiel entbrannten, wozu eine albanische Mannschaft gegen die einheimischen Serben angetreten war. Erst erklangen wüste nationalistische Hassgesänge der serbischen Zuschauer. Dann provozierte das sprichwörtliche rote Tuch, die von einer Kleindrohne über das Stadion geschleppte rote Fahne mit dem albanischen Doppeladler und den Umrissen eines sich über mehrere jugoslawische



Die Expertenrunde verströmt gedämpften Optimismus.

Bild: ASMZ

Nachfolgestaaten erstreckenden «Grossalbanien». Um dieses Textil rauften die beiden Mannschaften. Nach Schlägerei und Spielabbruch ergingen sich Medien und Politiker in nationalistischen Vorwürfen und Sprüchen. Aber manche der beidseits beteiligten Sportler reisten umgehend in die Schweiz zurück, um einander dort in ein und demselben Fussballclub bald wieder zu begegnen. Die Waffen jedenfalls schwiegen!

Die Fortschritte herrschen also vor, so lange diese zähen Prozesse auch währen mögen, derweil neben Hoffnung immer wieder Rückfallgefahr aufkommt. Zuversicht schöpfte Robelli aus dem Druck der Bevölkerung und Nichtregierungsorganisationen wie jener, die mit der Untersuchung beiderseitiger Kriegsverbrechen einen Beitrag zu Trauerarbeit und Versöhnung leisten will. – Die Schweiz rief er auf, mehr zu tun, zumal sie dank ihrer Kenntnisse und der bisherigen Verdienste dazu am ehesten infrage komme.

Was richten die «Internationalen» aus – oder an?

Schon 2003 hiess es auf einem Gipfeltreffen der EU mit den westbalkanischen Staaten in Thessaloniki: «Die Zukunft des Balkans liegt in der EU». – Tatsächlich erweist sich die Beitrittsaussicht al-

lenthalben als entscheidend. Die von der EU als Bedingung geforderten Standards wirken als die grossen Treiber, im Verein mit als «Vorbeitritts-hilfen» winkenden Subsidien. Serbien drohen nach vier verlorenen Kriegen «griechische Zustände» mit Rentenkürzungen und massivem Staatsstellenabbau, ja letztlich der Bankrott. Kosovo leidet fünf Monate nach den Wahlen immer noch unter einer politischer Handlungsunfähigkeit, weil die grösste Partei wegen Korruptionsverdachts von allen anderen als Koalitionspartner gemieden, vom Verfassungsgericht aber gestützt wird. Derweil gälte es dringend, mittels Vereinbarungen über Visafreiheit die Isolation zu durchbrechen. Da wirkt längerfristig die Integration zwingend als Ausweg. So strebt Serbien Beitrittsverhandlungen an und hofft Kosovo auf einen Assoziierungsvertrag.

Unterdessen mischen andere sich ein. Mit einigen Küssen empfing das offizielle Belgrad kürzlich den russischen Präsidenten Wladimir Putin, dessen scheinbar offene Hand und Geldbörse sich wohlthuend abheben von den teils harten Bedingungen der EU. Neben Krediten winkte vor Eintritt des Winters ein tieferer Gaspreis. Indessen beschränken sich russische Investitionen auf den Anteil von fünf Prozent und öffnen sich Exportnischen einzig, weil Russland während der Ukraine Krise im Zug von Gegensanktionen den Import westlicher Produkte einschränkt.

Die OSZE wirkt als «Nischenplayer». Sie unterhält Missionen in allen Ländern des Westbalkans, mit Ausnahme von Slowenien und Kroatien. Im Kosovo ermöglichte ihre Arbeit das Durchführen von Gemeindevahlen, das Kommunalisieren der Verwaltung, Gesprächsrunden in jeder Gemeinde. Dabei geht es um die Eingliederung serbischer Gebiete in den kosovarischen Staat mit der Autonomie, wie sie das unter europäischem Druck zustande gekommene Normalisierungsabkommen vom April 2013 vorzeichnet. Dazu ist die Polizei unter Einbezug der Serben und der Roma zu reorganisieren, die mittlerweile Stellvertreterfunktionen bis in die höchsten Führungsstufen bekleiden. Dieser Vollzug geschieht nur harzig, immerhin möglichst lautlos. ■